



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Frau Niemeyer

Telefon: (0221) 221 23820

Fax: (0221)

E-Mail: Sabine.Niemeyer@STADT-KOELN.DE

Datum: 14.08.2023

Niederschrift

über die **15. Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 24.01.2023, 17:00 Uhr bis 18:37 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Mechthild Böll	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Christine Seiger	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Artur Tybussek	CDU
Herr Alexander Yohannes	CDU
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Viola Recktenwald	SPD
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Jennifer Glashagen	Volt
Herr Werner Marx	CDU
Frau Sabine Pakulat	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Franz Philippi	SPD Vertretung Sven Kaske

Beratende Mitglieder

Herr Michael Winkler	AfD
Frau Elise Teitz	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Herr Jürgen Medenbach	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Ralf Sartoris-Daubenbüchel	Auf Vorschlag von Grüne
Herr Yannik Breuer	Auf Vorschlag von CDU
Herr Dr. Gunther Quinkler	Auf Vorschlag von CDU
Herr Mario Schmitz	CDU

Herr Dr. Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Herr Albert Nowak	Auf Vorschlag von Die Linke
Herr Eike Steinke	Auf Vorschlag von Volt
Frau Rahab Njeri	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Erftkreis
Frau Sophie Sängler	Auf Vorschlag von TXKöln

Verwaltung

Herr Dr. Harald Rau	
Frau Barbara Horstmann	
Herr Volker Ruster	Vertretung Dr. Christian Miller
Frau Stadtdirektorin Andrea Blome	
Prof. Dennert	
Klaus Dick	
Frau Carina Guiliani	
Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner	
Beate Mauerer-Bonnen	
Frau Barbara Treunert	Gesundheitsverwaltung

Presse

Gäste

Prof. Dennert
Klaus Dick
Frau Carina Guiliani

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ursula Gärtner	CDU	Vertretung Werner Marx
Herr Joachim Heinlein	GRÜNE	Vertretung Sabine Pakulat
Herr Sven Kaske	SPD	Vertretung Franz Philippi
Herr Andrea Salis		Auf Vorschlag der Fraktion Volt Vertretung Jennifer Glas-hagen

Beratende Mitglieder

Frau Ulrike Kessing	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Werner Kircher	Auf Vorschlag der SPD
Herr Christian Robyns	SPD
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP
Herr Musa Yüceel	Liste Kölner Vielfalt
Herr Volker Scherzberg	

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Kathrin Balke	Auf Vorschlag von anyway e.V.
Herr Luziano Gonzalez Tejon	Einzelbewerber
Herr Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Vortrag zum Projekt "InTraHealth" des Teams von Frau Prof. Gabriele Denert, FH Dortmund

Mündlicher Bericht über den aktuellen Sachstand der SARS-CoV-2 Pandemie

Mündlicher Bericht zum Umgang mit der Ukrainekrise

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 2.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Seiger aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 22.11.2022 - Thema: Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen aus der Coronapandemie (Bericht von Frau Mauerer-Bonnen)
0310/2023
- 2.2 Liste der Großbauprojekte - Beantwortung von Anregungen und Nachfragen aus den beteiligten Gremien
3165/2022/1
- 2.3 AN/2017/2022, Nachfrage zu einer Beantwortung des Gesundheitsamtes zu Sozialpsychiatrischen Zentren
0048/2023
- 2.4 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Dr. Broicher aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 23.08.2022 - Thema: "Verbesserung der Unterbringung von gehbehinderten Menschen"
3640/2022

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Medizinische Versorgungszentren bei den Städtischen Kliniken
AN/2084/2022
- 3.1.1 Medizinische Versorgungszentren bei den Städtischen Kliniken
0189/2023

- 3.2 Schulrelevante Fähigkeiten: Beratungen und Untersuchungen in Kindertagesstätten
AN/2101/2022
- 3.2.1 Beantwortung einer Anfrage zum Thema Schulrelevante Fähigkeiten: Beratungen und Untersuchungen in Kindertagesstätten AN/2101/2022
0192/2023
- 3.3 Rettungsdienst in Not
AN/0041/2023
- 3.3.1 Rettungsdienst in Not
0308/2023
- 3.4 Einführung eines Smartphone basierten Ersthelfer-Alarmierungssystems
AN/0133/2023
- 3.4.1 Einführung eines Smartphone basierten Ersthelfer-Alarmierungssystems
0314/2023
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4.1 Kinderkliniken am Limit – Entlastung dringend notwendig!
AN/0030/2023
- 5 Beschlussvorlagen**
- 5.1 Strukturförderfonds 2023 / 2024
hier: Förderprogramm für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des Dezernates V – Soziales, Gesundheit und Wohnen und des Amtes für Integration und Vielfalt der Stadt Köln zur Abmilderung der steigenden Personal- und Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges im Jahr 2023
4259/2022
- 5.1.1 Änderungsantrag zu Vorlage 4259/2022, Strukturförderfonds 2023 / 2024, hier: Förderprogramm für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des Dezernates V – Soziales, Gesundheit und Wohnen und des Amtes für Integration und Vielfalt der Stadt Köln zur Abmilderung der steigenden Personal- und Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges im Jahr 2023
AN/0102/2023
- 5.2 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in den Haushaltsjahren 2023 und 2024
4117/2022
- 5.3 Drogenhilfeangebote am Neumarkt
3439/2022

6 Mitteilungen

- 6.1 Weiteres Bevölkerungswachstum in Köln bis zum Jahr 2050
Bevölkerungsprognose für Köln 2022 bis 2050 – mit kleinräumigen Berechnungen bis 2035
3926/2022

- 6.2 Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Köln 2022
4025/2022

- 6.3 Neubau der Feuer- und Rettungswache 1 (Innenstadt)
Hier: Ergebnis des Wettbewerbsverfahrens
4101/2022

- 6.4 Berichte zur Situation Geflüchteter
0060/2023

7 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Vortrag zum Projekt "InTraHealth" des Teams von Frau Prof. Gabriele Dennert, FH Dortmund

Aufgrund von technischen Problemen bei einigen Mikrofonen wurden nicht alle Beiträge aufgezeichnet und sind in der Niederschrift nicht aufgeführt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna teilt mit, dass Herr Dr. Dr. Broicher, Vertreter des* der sachkundigen Einwohner*in im diesem Ausschuss, verstorben ist.

Er weist auf die „**Broschüre zu den Kölner Gesundheitsgesprächen 2022**“ hin (siehe anbei: **53_Folder Gesundheitsgespräche_2023**), die auch hinten ausliegen würde.

Er hält fest, dass Top 5.1.1 von den Antragsstellern zurückgezogen wurde. Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Vortrag zum Projekt "InTraHealth" des Teams von Frau Prof. Gabriele Dennert, FH Dortmund

Frau Prof. Dennert leitet dieses Projekt. Sie hat eine Professur für Sozialmedizin und Public Health an der Fachhochschule Dortmund. Sie wird begleitet von Carina Giuliani von den Kliniken Köln, die Kooperationspartner sind. Ein weiterer Kooperationspartner ist die Technische Hochschule in Köln. Das Projekt ist sehr „NRW- und Köln-lastig“. SE Frau Sänger ist Mitglied im Projektbeirat.

FH Dortmund Frau Prof. Dennert stellt das Projekt „InTraHealth“ zur Verbesserung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung für inter- und transgeschlechtliche Menschen durch Abbau von Diskriminierung als versorgerseitige Zugangsbarriere vor.

Worum geht es? Es gibt für bestimmte Gruppen spezifische Zugangsbarrieren in die Gesundheitsversorgung, die man gerne abbauen würde. Der Fokus des Projekts seien inter- und transgeschlechtliche Menschen. Man habe eine Studie durchgeführt und bestimmte Barrieren identifiziert, die man mit einem Fortbildungsportal www.intra-health.de angehe. Man sei gerade in der Projektendphase und man würde die Anwesenden gerne für die Nutzung und Verbreitung gewinnen. Man wolle mit der Nutzung in die Breite gehen. Der Hintergrund sei folgender, in einer idealen Welt, in der Gesundheitsversorgung, habe man auf der einen Seite einen bestimmten Bedarf der Bevölkerung an Gesundheits- und Versorgungsangeboten. Auf der anderen Seite habe man Versorgungsangebote und alle finden 1:1 zusammen. Die Versorgung werde qualitativ hochwertig geleistet und die Gesundheit verbessere sich dadurch.

In der Praxis existierten sogenannte Zugangsbarrieren, d.h. individuelle Hürden, über die die Leute nicht „drüberkommen“. Es sei ein individuelles und ein gesamtgesellschaftliches Problem. Es seien mehrere 100 Personen in einer bundesweiten Onlinebefragung befragt worden. Man habe sich dann auf die Barrieren, die auf der Versorgungsseite möglicherweise entstehen könnten, fokussiert. Barrieren seien z. B., dass

die Angebote nicht bekannt seien oder man dort mit der eigenen geschlechtlichen Geschichte nicht akzeptiert würde. Man erfahre Diskriminierung oder man käme mit einem bestimmten Anliegen und es sei überhaupt nicht bekannt, diese Erfahrung würden viele intergeschlechtliche Menschen machen.

Intergeschlechtliche Menschen seien Menschen, die mit einem Geschlechtskörper geboren werden, die nicht eindeutig in die Kategorien männlich weiblich fallen. Es sei ein Sammelbegriff über ganz viele Ausprägungen, die der eigene Körper bei Geburt haben könnte. Transgeschlechtlichkeit bezeichne die Situation, dass Menschen möglicherweise mit einem „eindeutigen“ Körper geboren werden und einem Geschlecht zugewiesen werden und würden im Laufe des Lebens feststellen, dass diese Zuordnung so nicht passen würde.

Man habe sich mit den Fragestellungen: Was weiß die Gesundheitsversorgung? Wie akzeptiere es die Gesundheitsversorgung auf interpersonaler und struktureller Ebene? beschäftigt. Man habe beim medizinischen Personal festgestellt, dass Fachwissen fehlen würde. Durch eine Umfrage hätte sich ergeben, dass das Interesse und die Aufgeschlossenheit sehr groß gewesen seien. Viele hätten gesagt, dass sie es „einfach nicht wüssten“ und um Erklärung gebeten.

Der Umgang mit Gewalt sei als ein wichtiges Thema identifiziert worden. In eine Situation zu kommen, wo man möglicherweise in einer ohnmächtigen Situation sei und sich das dann re-aktualisieren könnte. Die Studie sei 2020 online gemacht worden. Über 650 Fragebögen seien ausgewertet und 10 leitfadengestützte Interviews dazu geführt worden. Über $\frac{3}{4}$ der Teilnehmenden hätten von Diskriminierungserfahrungen in der Gesundheitsversorgung insbesondere im Bereich Kommunikation und interpersonaler Umgang berichtet. Man habe Hinweise darauf, dass diejenigen, die mehr oder spezifische Diskriminierungserfahrungen machen würden, die Gesundheitsversorgung meiden würden. Nach gewalttätigen Angriffen würden sie nicht mehr in die Versorgung gehen, weil sie antizipieren, dass sie möglicherweise erneut diskriminiert werden. Man habe einmal die Ergebnisse einer Teilnahme an Krebsfrüherkennungsuntersuchungen, die Zahlen seien schon in ihrem Buch publiziert worden. Von trans- und intergeschlechtlichen Personen würden Krebsfrüherkennungsuntersuchungen deutlich weniger genutzt als in der allgemeinen Bevölkerung. Dies deute auf eine Nichtnutzung oder einen Delay in der Nutzung hin. Wenn Krebs verspätet erkannt würde, dann hätte das Konsequenzen. Man hätte das adressiert mit einer Fortbildungsplattform www.intrahealth.de, gefördert vom Bundesgesundheitsministerium für eine Laufzeit von 3,5 Jahre. Die Fortbildungsplattform (zum Selberlernen) für Gesundheitsfachkräfte werde demnächst online gehen. Man möchte damit den vorhandenen fachkompetenten akzeptierenden Umgang in der Gesundheitsversorgung stärken. Man habe eine Creative-Commons-Lizenz, d. h. man ermögliche den Einsatz in nicht kommerziellen Angeboten in der Fort- und Weiterbildung. Man sei darauf angewiesen, dass dieses Portal beworben würde. Die Anzeige würde im Ärzteblatt und in den Pflegezeitschriften geschaltet. Für diese Lernplattform würde kein Studium vorausgesetzt. Es gehe um die gesamte Breite, nicht um eine spezifische Facharztversorgung. Die Gesundheit von Inter- und Transmenschen solle in den Fokus der allgemeinen Versorgung gerückt werden. Die gesamte Breite also Gesundheitsfachkräfte Pflege, ärztliches Personal, Psychotherapie und Studierende und Auszubildende würde man gern erreichen. Sie bedankt sich für die Aufmerksamkeit und steht für Fragen zur Verfügung. Informationsmaterial würde Anfang März auf Anfrage an www.intrahealth@fh-dortmund.de versendet. Man könnte sie sonst auch „googeln“.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bedankt sich für den Vortrag.

SE Frau Njeri möchte wissen wieviel Mitglieder von den B2C Communities befragt wurden und ob das eine Rolle gespielt habe.

FH Dortmund Frau Prof. Dennert sagt, man sei davon ausgegangen, dass man eine Interaktion sehe. Man hätte herausgefunden, dass es tatsächlich eine ganz starke Interaktion gebe. Das nachfolgende wäre kein wörtliches, sondern ein inhaltliches Zitat. Eine Person hat gesagt: „Wenn er reinkommt wäre er zuerst einmal schwarz. Bevor er an den Punkt kommt überhaupt als Transmann diskriminiert zu werden, hätte er erstmal den ganzen Rassismus.“ Man habe zwar hier den Focus, aber „so Dinge wie“ Akzeptieren, Respekt, Nachfragen, Zuhören könnten auch in einer weiß dominierten, möglicherweise rassistisch im Einzelfall ausgestalteten Gesundheitsversorgung, von Vorteil sein.

SE Herr Nowak fragt, ob es eine Koordinierungsstelle gebe, die gezielt im Gesundheitsbereich tätige Ausbildungsschulen aufsuche. Vielleicht könnte die Ordnungsbehörde auch „was Informatives“ rumschicken?

SB Frau Houben bedankt sich für die Präsentation. Sie möchte wissen, ob eine Werbung nur im Ärzteblatt oder auch in anderen Publikationen kommuniziert würde. Sei über das ganze Jahr eine Werbung geplant? Sei auch eine Kommunikation über die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung geplant?

SE Herr Dr. Quinkler möchte wissen wie sie an die sehr persönlichen Daten gekommen sei.

FH Dortmund Frau Prof. Dennert sagt, man habe eine bundesweite Befragung gemacht und auf Wegen dazu eingeladen, von denen man erwarte, dass sie auch „echte Daten“ liefern. Vieles sei auch Mundpropaganda gewesen. Darüber habe man die bisher größte bundesdeutsche Befragung von Trans- und Interpersonen realisieren können.

Zum Thema Verbreiten: Ende Februar sei Förderende und man könnte nur noch Sachen machen, die noch in der Förderperiode auch tatsächlich realisiert werden könnten. Die Anzeigen würden nicht nur im Ärzteblatt, sondern in 7 weiteren Zeitschriften aus dem Bereich Pflege, Psychotherapie usw. geschaltet. Die Anzeigen müssten jetzt schon gezahlt werden damit sie danach auch erschienen.

Man fahre zwei Ansätze, dass eine sei „Top-down“, das Bundesgesundheitsministerium habe ein großes Interesse an dem Projekt und würde es auf Bundesebene versuchen. Prof. Dennert würde es auf Landesebene versuchen. Das andere wäre ein Bottom-up Approach und genau dafür sei sie hier. Man solle davon erzählen und Leute darauf aufmerksam machen. Es würde keine Koordinierungsstelle in dem Sinne geben. Man könnte sich auf dem Portal ein Account unter anonymen oder richtigen Namen anlegen und dann könnte man sich eine Bescheinigung über die absolvierten Lernzeiten ausdrucken lassen und in der Ausbildung vorlegen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bedankt sich für den Vortrag.

Zur Kenntnis genommen

Mündlicher Bericht über den aktuellen Sachstand der SARS-CoV-2 Pandemie

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau schlägt vor, ab sofort auf den Bericht zu Corona als ständigen Punkt dieser Tagesordnung zu verzichten. Dieser Punkt würde heute zum letzten Mal behandelt, weil man auf allen Ebenen erkläre, dass die Akuität deutlich nachgelassen habe und sämtliche Faktoren dafür sprechen, dass die Pandemie „quasi überwunden“ sei. Herr Dr. Nießen habe heute zum letzten Mal die Standarddaten. Zur medizinischen Versorgung der Menschen aus der Ukraine sei es ebenso der Fall, dass man zumindest was die Geflüchteten betrifft, keine dramatische Lage zu berichten habe und deshalb auch keine ausführliche Befassung damit vorschlage.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna beschließt, dass der TOP von der ständigen TO runtergenommen wird. Wenn es eine Aktualität gebe, würde man auf diese Themen natürlich zurückkommen.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen erläutert die Präsentation „**Med-Lage Covid 19 und Ukraine 2023-01-24**“ (siehe Anlage). Man würde die momentane Lage als entspannt bezeichnen. Man war bei 3.000 Infizierten und momentan, nach 3 Jahren, sei man bei 86. Das Abschlusswort aus dem Expertenrat sei: „man habe eine starke / resolute Immunität“.

RM Frau Röhrig möchte wissen wie es sich in den städtischen Regelungen zukünftig mit der Maskenpflicht verhalten würde.

Die Stadtdirektorin Frau Blome antwortet, die Maskenpflicht sei in den städtischen Gebäuden per Hausrecht sozusagen in einer Allgemeinverfügung geregelt, diese werde zum 02.02.2023 aufgehoben. Man appelliere natürlich weiterhin Hygieneregulungen u. a. mit Handdesinfektionen einzuhalten. Die Dienststellen würden auch weiterhin die Selbsttests zur Verfügung stellen. Allgemeine Verhaltensregeln bei Erkältungssymptomen usw. seien Masken. Unter Corona seien noch mehr Maßnahmen ergriffen worden, von den Plastikschtwänden über viele andere Dinge, die dafür gesorgt hätten, dass auch der Abstand von 1,50 Meter eingehalten würde. In einem ersten Schritt würde erstmal die Allgemeinverfügung zum Thema der Maskenpflicht aufgehoben werden. Dies würde alles nochmal auf einen Prüfstand gestellt und sie möchte nicht, dass diejenigen, die weiterhin die Maske tragen, „blöd angeguckt“ werden. Die Führungskräfte würden deshalb auch nochmal sensibilisiert.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen sagt, man habe laut Professor Drosten eine „robuste Immunitätslage“, denn 80 % der Bevölkerung in Deutschland sei geimpft. Gerade für Menschen über 60 Jahren werde weiterhin eine 2. Boosterimpfung empfohlen. Das Impfzentrum am Neumarkt sei erstmal geschlossen worden weil alles in die Hände der niedergelassenen Ärzt*innen gegangen sei. Eine halbjährliche Impfpflicht würde nicht mehr bestehen. Professor Drosten hätte heute gesagt, wer 3-mal geimpft und einmal genesen sei hätte 12 Monate Schutz, das sei das robusteste, was man momentan haben könnte.

RM Frau Recktenwald fragt, ob es Personal geben würde, dass in den letzten Jahren hauptsächlich mit der Corona Pandemie beschäftigt war und jetzt keine Aufgabe mehr hat. Wenn ja, was würden die machen oder gibt es vielleicht Aufgaben, die in den letzten 3 Jahren weniger aktiv bearbeitet werden konnten?

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen fasst zusammen, wenn Personal gebraucht würde, wäre der Krisenstab ganz schnell gewesen und hätte das Personal

gerade bei der Kontaktermittlung und -nachverfolgung immer dagehabt. Ganz am Anfang hätte man aufgrund der Nähe zur Universität 350 Medizinstudierende gehabt, die man jetzt natürlich nicht mehr habe.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau ergänzt man „sei total froh“, dass man schnell eine Routine entwickelt habe, um Personal auf- und abzubauen. Für einige habe man noch Einsätze in der Wohngeldstelle. Es seien sehr viele hochtalentiertere Menschen akquiriert worden. „Das sei richtig erfreulich.“

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna möchte seinen Dank übermitteln und persönlich mal anerkennen, dass das Gesundheitsamt extrem schnell reagiert habe. Man habe innerhalb von 3 Monaten die Personaldecke verdoppelt. Für ihn sei es völlig unvorstellbar gewesen, dass ein deutsches Amt sowas hinbekommen würde.

Zur Kenntnis genommen.

Mündlicher Bericht zum Umgang mit der Ukraine Krise

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau sagt medizinische Faktoren seien „kein großes Thema“ mehr, es sei denn Verletzte aus der Ukraine.

Zur Kenntnis genommen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stellt fest, dass ihm keine Themen vorliegen.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Seiger aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 22.11.2022 - Thema: Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen aus der Coronapandemie (Bericht von Frau Mauerer-Bonnen) 0310/2023

Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst, Frau Mauerer-Bonnen erläutert die Präsentation „**Seelische Gesundheit der Kölner Kinder und Jugendlichen nach Corona**“ (siehe anbei).

SB Frau Houben bedankt sich für den Vortrag. Sie versteht die Kombination von Steigerung und leichtem Rückgang in der Copsy-Studie nicht. Sie wollte noch darauf hinweisen, dass es noch ein zusätzliches niederschwelliges Programm für kleine Gruppen von Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 21 Jahren gebe. Es sei von der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiatern und dem Ministerium für Gesundheit und Soziales und laufe noch bis zum Jahresende.

Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst, Frau Mauerer-Bonnen bedankt sich sehr, dass sie hier sprechen darf. Es gab 5 Befragungswellen. Es habe erstmal die psychische Gesundheit total gelitten und dann sei sie wieder besser geworden. Was aber nicht besser geworden sei, seien die psychosomatischen Beschwerden. Sie seien auf gleichbleibend hohem Niveau geblieben. Insgesamt sei die psychische Gesundheit

noch schlechter als im vorpandemischen Niveau. Das Angebot der Kassenärztlichen Vereinigung „sei super. Aber Kurzfristigkeit heiße nicht Niedrigschwelligkeit“.

SE Herr Nowak wiederholt, das Konsumverhalten von Sucht (z. B. Mediensucht) habe zugenommen. Ob sie sagen könnte, ob das Konsumverhalten von illegalen Drogen sowie die psychischen Auswirkungen dadurch zugenommen haben?

Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst, Frau Mauerer-Bonnen antwortet, sie wüsste nicht, ob es zugenommen habe. Was auf jedem Fall insgesamt zugenommen habe sei, dass die Kinder untereinander mehr unbeobachtete Räume hatten. Die Kinder hätten sich getroffen, obwohl sie sich nicht hätten treffen dürfen und sie denkt, dass es viel weniger Korrektur gab über Schulen usw., dass sie stärker da hineingerutscht seien. Es sei nicht dadurch gekommen, es hätte sich nur verstärkt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bedankt sich für den Vortrag.

Zur Kenntnis genommen.

**2.2 Liste der Großbauprojekte - Beantwortung von Anregungen und Nachfragen aus den beteiligten Gremien
3165/2022/1**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fragt, ob es dazu Wortmeldungen gibt.

Zur Kenntnis genommen.

**2.3 AN/2017/2022, Nachfrage zu einer Beantwortung des Gesundheitsamtes zu Sozialpsychiatrischen Zentren
0048/2023**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fragt, ob es dazu Wortmeldungen gibt.

Zur Kenntnis genommen.

**2.4 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Dr. Broicher aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 23.08.2022 - Thema: "Verbesserung der Unterbringung von gehbehinderten Menschen"
3640/2022**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fragt, ob es dazu Nachfragen gibt.

Zur Kenntnis genommen.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Medizinische Versorgungszentren bei den Städtischen Kliniken
AN/2084/2022**

Durch Beantwortung unter Vorlage 0189/2023 erledigt.

3.1.1 Medizinische Versorgungszentren bei den Städtischen Kliniken 0189/2023

SE Herr Nowak erklärt, die Anfrage zielte darauf ab, dass es in den letzten Jahren immer weniger Angebote für Schwangerschaftsabbrüche in Köln und Umgebung gegeben hätte. Deswegen habe man sich gefragt, ob von Seiten der Kliniken der Stadt Köln die Möglichkeit bestehe, mehr Angebote zu schaffen. Man habe sich unter Frage 3: „Kann die Stadt Köln die Städtischen Kliniken beauftragen und gegebenenfalls dafür bezahlen, eine Dienstleistung zu erbringen, z. B. operative Schwangerschaftsabbrüche auch ohne medizinische Indikation durchzuführen oder ist der Weg juristisch nicht möglich?“ missverständlich ausgedrückt bzw. es wurde missverständlich geantwortet. Die Frage zielte natürlich nicht darauf ab, dass man medizinischen Fachpersonal vorschreiben wollte, ohne medizinische Indikation Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen. Sondern es sollte ausgelotet werden, ob die Möglichkeit bestehe, weitere Angebote für Schwangere, die informiert trotzdem einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen wollten, zu schaffen.

Zur Kenntnis genommen.

3.2 Schulrelevante Fähigkeiten: Beratungen und Untersuchungen in Kindertagesstätten AN/2101/2022

Durch Beantwortung unter Vorlage 0192/2023 erledigt.

3.2.1 Beantwortung einer Anfrage zum Thema Schulrelevante Fähigkeiten: Beratungen und Untersuchungen in Kindertagesstätten AN/2101/2022 0192/2023

Die Beantwortung soll auch in den Jugendhilfeausschuss und den Schulausschuss gegeben werden.

Zur Kenntnis genommen.

3.3 Rettungsdienst in Not AN/0041/2023

Durch Beantwortung unter Vorlage 0308/2023 erledigt.

3.3.1 Rettungsdienst in Not 0308/2023

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna hält fest, dass dieser Punkt in die nächste Sitzung des Gesundheitsausschusses am 07.03.2023 verschoben werden soll.

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses am 07.03.2023.

3.4 Einführung eines Smartphone basierten Ersthelfer-Alarmierungssystems AN/0133/2023

Durch Beantwortung unter Vorlage 0314/2023 erledigt.

3.4.1 Einführung eines Smartphone basierten Ersthelfer-Alarmierungssystems 0314/2023

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner merkt an, man verfolge das Ziel schon länger, es sei nur Corona bedingt auf Eis gelegt worden. Man mache das zusammen mit den anderen Kommunen aus dem Umkreis. Nachdem die Krankenkassen das System nicht bezahlen würden, würde man dazu eine Vorlage auf den Weg bringen.

Zur Kenntnis genommen.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Kinderkliniken am Limit – Entlastung dringend notwendig! AN/0030/2023

RM Frau Recktenwald nimmt zu dem Antrag Stellung. In den letzten Monaten habe man eine dramatische Lage in den Kölner Kinderkliniken erlebt. Man brauche ein zukunftsfähiges System, das auf Krisen wie Pandemien vorbereitet sei. Man bitte daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

RM Frau Röhrig erklärt man wolle Zeichen setzen, indem man die Ausbildungsplätze erhöhe, verbindliche Tarifabschlüsse erziele und ergänzend vermehrt billigen Wohnraum schaffe.

SB Frau Houben sagt, man lege den Focus auf Punkt 2 Kinderkliniken.

RM Frau Böll begründet, die Gesundheit und die Krankenversorgung von Kindern sei ein grundlegend wichtiges Thema. Die wirklich relevanten Stellschrauben lägen definitiv nicht in kommunaler Verantwortung. Der Antrag gleiche eher einer Resolution. Man solle mit den Resolutionen sehr sparsam umgehen, um dann im richtigen Augenblick doch etwas zu bewirken. Aus diesem Grund würde ihre Partei den Antrag / diese Resolution ablehnen. Sie möchte noch etwas zu den einzelnen Punkten sagen:

Zu Punkt 1: Das DRG-System sei vollkommen ungeeignet für Kinderkliniken. Kinderkliniken hätten sehr hohe Vorhaltekosten, weil sie ein saisonales Geschäft haben. Saisonbedingt seien sie voll oder übervoll im Winter und im Sommer eher leer. Dies sei ein Bundesthema, es würde gerade an der Novellierung des Gesetzes zur Krankenhausfinanzierung gearbeitet. Es sei definitiv kein kommunales Thema.

Zu Punkt 2: Man sehe nicht, dass man hier beschließen solle, wer sich mit wem auseinandersetzt, vernetzt und anruft.

Zu Punkt 3: Ausbildung der Fachpflegekräfte. Die Ausbildungsplätze seien alle belegt, die Ausbildungsplätze seien nicht mehr steigerbar. Auf jeder Station der Kliniken der Stadt Köln gebe es 4 bis 5 Auszubildende, was momentan nicht mehr steigerbar sei.

Zu Punkt 4: Gerade auch hier würde die Bundesregierung an einer „Überwindung“ des

Aufenthaltsgesetzes § 60 c arbeiten. Man solle noch deutlich intensivere Bemühungen ergreifen um den Fachkräftemangel abzufedern.

Hier müsse man ablehnen.

RM Arthur Tybussek sagt seine Fraktion würde nicht zustimmen.

SB Frau Glashagen findet prinzipiell sehr gut, was in dem Antrag steht und stellt fest, dass es leider kein Antrag sei. Sie schlägt vor, die aktuelle Situation abzuwarten und wenn sich dann eine neue Situation ergibt und gute Ideen vorliegen würden sollte man nochmal sprechen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna lässt abstimmen: die 3 antragstellenden Fraktionen stimmen dafür. Es gibt keine Enthaltungen.

Der Antrag wurde abgelehnt.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Strukturförderfonds 2023 / 2024

**hier: Förderprogramm für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des Dezernates V – Soziales, Gesundheit und Wohnen und des Amtes für Integration und Vielfalt der Stadt Köln zur Abmilderung der steigenden Personal- und Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges im Jahr 2023
4259/2022**

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau möchte über eine Änderung der Vorlage im Sozialausschuss informieren. Auf der Seite 3 in Absatz 4 Satz 2 sei das Wort „vollumfänglich“ an der Stelle inhaltlich falsch und es müsse deshalb gestrichen werden. Wenn dieses Wort drinstünde, würden nur „vollumfängliche“ (also ausschließlich kommunal geförderte) Projekte zusatzförderfähig sein. Man wolle aber, dass auch Projekte, die anteilig kommunal gefördert werden, weiter förderfähig sind. Das Wort „vollumfänglich“ müsse deshalb gestrichen werden. Der Sozialausschuss habe die Vorlage mit der Änderung beschlossen, jedoch läge das Beschlussprotokoll noch nicht vor und deshalb würde er darauf hinweisen. Er empfehle einen Beschluss entsprechend dieser Änderung ohne das Wort „vollumfänglich“.

Der SoSeSe empfiehlt dem Gesundheitsausschuss wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

In der Vorlage auf Seite 3 Absatz 4 Satz 2 das Wort „vollumfänglich“ zu streichen.

1. ~~Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren und der Gesundheitsausschuss beschließt~~ – jeweils für **seinen** Zuständigkeitsbereich- das „Förderprogramm für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds“ des Dezernates V - Soziales, Gesundheit und Wohnen und des Amtes für Integration und Vielfalt im Dezernat der Oberbürgermeisterin **mit der Maßgabe, im Förderprogramm unter 3.) Absatz 2 Satz 1 das Wort „vollumfänglich“ zu streichen sowie in Satz 3 das Wort „ebenfalls“ zu streichen** und **beauftragt** die Verwaltung mit der Umsetzung.
2. Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2023 werden im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen wie folgt zur Verfügung gestellt:
Dezernat V - Soziales, Gesundheit und Wohnen: 1.970.000 €

Dezernat der Oberbürgermeisterin –
Amt für Integration und Vielfalt:

285.000 €
2.255.000 €

Abstimmungsergebnis:

Der Gesundheitsausschuss beschließt in der Version des Sozialausschusses.
Geändert beschlossen.

5.1.1 Änderungsantrag zu Vorlage 4259/2022, Strukturförderfonds 2023 / 2024, hier: Förderprogramm für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des Dezernates V – Soziales, Gesundheit und Wohnen und des Amtes für Integration und Vielfalt der Stadt Köln zur Abmilderung der steigenden Personal- und Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges im Jahr 2023 AN/0102/2023

Von den antragstellenden Fraktionen SPD und Die Linke zurückgezogen.

5.2 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 4117/2022

RM Frau Böll möchte äußern, dass sie es toll findet wie viele Maßnahmen und Methoden es gibt.

Beschluss:

Der Rat beschließt für die Jahre 2023 und 2024 die in der Anlage dargestellte Verteilung des

„Integrationsbudget“ in einer Gesamthöhe von 2.011.521,93 € brutto für das Haushaltsjahr

2023 und in einer Gesamthöhe von 2.025.526,01 € brutto für das Haushaltsjahr 2024.

Die zur Finanzierung der Maßnahme benötigte Aufwandsermächtigung steht im Teilergebnisplan

des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 – Freiwillige Sozialleistungen

und Diversity, in der Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

(2023: 200.000 €; 2024: 200.000 €) und in der Teilplanzeile 15 Transferaufwendungen (2023:

1.811.521,93 €; 2024: 1.825.526,01€) im Haushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.3 Drogenhilfeangebote am Neumarkt 3439/2022

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bedankt sich dafür, dass das Angebot, was dieser Ausschuss über 4 Jahre gefordert, erkämpft, erstritten, begleitet habe, jetzt

ausgeweitet wird. Es sei eine ganz schwierige Arbeit, die da vom Gesundheitsamt geleistet würde. Er möchte betonen, dass man in einer schwierigen Haushaltslage in der Lage sei dieses Angebot auszuweiten, was finanziell ein Kraftakt für die Stadt Köln sei.

RM Arthus Tybussek schließt sich dem an. Man hätte die Vorlage gerne in der Fraktion behandelt. Er fragt, ob Hilfskräfte von Bundesfreiwilligen Dienst eingesetzt würden.

Aufsuchendes Suchtclearing, Betreiber des Drogenkonsumraums im Gesundheitsamt, Herr Lehmann sagt, man arbeite neben den Fachkräften, die man habe, also Sozialarbeiter*innen, mit studentischen Aushilfen, was sich bewährt habe, da es, „platt ausgedrückt schneller gehe“. Es sei ein großes Antragsverfahren für den Bundesfreiwilligendienst oder FSJ und es gäbe ganz große Schwierigkeiten interessiertes Personal zu finden, was dieser Arbeitsbelastung standhält. Es sei etwas Anderes als die Bufdies und FSJler in den Kontaktläden. Schon bei Student*innen habe man große Probleme, Hilfskräfte zu akquirieren. Bei den Bufdies und FSJlern käme noch erschwerend das Alter hinzu. Man habe sich eine Altersgrenze gesetzt, denn die Fachkräfte müssten von ihrem Standing und Charakter eine gewisse Lebenserfahrung haben, denn „sonst halte man diesen Job nicht aus“.

RM Frau Recktenwald bedankt sich für die Vorlage und findet es schade, dass sie erst heute kam. Sie sehe es als sehr positiv, dass der Drogenkonsumraum offenbar „wunderbar angenommen“ werde. Die Besucher würden immer mehr zunehmen. Z. B in Punkt 5 würde darauf hingewiesen, dass man dann im Haushalt 2025 ggfs. die Mittel auch durch Umschichtungen bereitstellen würde, ob man da schon wüsste, was das sei. Man freue sich sehr, dass die gesteigerten Öffnungszeiten kommen würden, „man brauche das“. Sie möchte darauf hinweisen, dass die Akzeptanz von „so einem“ Drogenkonsumraum in der Bevölkerung hergestellt werden müsse und dass man da schaue, wenn man etwas irgendwo wegnähme, dass es trotzdem am Ende noch machbar sei.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau erklärt „man habe richtig heftig innerhalb der Verwaltung gekämpft“ und man habe die folgende Formulierung gefunden: „Minderausgaben in anderen Bereichen, die noch nicht identifiziert seien“.

RM Frau Röhrig bedankt sich für die Vorlage. Sie „findet die erweiterten Öffnungszeiten super“ und stimmt voll zu.

SB Frau Houben freut sich sehr über die erweiterten Öffnungszeiten.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt, auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 24.06.2021 (1154/2021), die Ausweitung der Öffnungszeiten im Betrieb des Drogenkonsumraumes am Neumarkt unter der Leitung des Gesundheitsamtes entsprechend der neuen Qualitätsstandards und den Auflagen der Genehmigungsbehörde wie folgt:

Ab dem 01.03.2023: Montag bis Samstag von 08:00 Uhr bis 23:00 Uhr

2. Personalkosten - Teilplanzeile 11:

Die Maßnahmen lösen einen Bedarf von 16,4 Mehrstellen und somit Personalkosten

i.H.v.(rund 1,14 Mio. €) aus.

- 2,68 Stelen Gesundheits- und Krankenpfleger*innen (P9)
- 7,45 Stellen Sozialarbeiter*in (S12)

- 2,86 Stellen für Hilfskräfte (E3)

- 1,0 Stele Sozialarbeiter*in Sachgebietsleitung (S17)

- 2,4 Stellen Sozialarbeiter*in

- **16,39 Stellen insgesamt**

Die Finanzierung ist durch Dez. V sicherzustellen

3. Hinsichtlich der Finanzierung der anfallenden Sachaufwendungen in Höhe von 46.549 € im Haushaltsjahr 2023 und in Höhe von 70.000 € im Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701, Gesundheitsdienste, ermächtigt der Rat die Verwaltung, im Haushaltsplan 2023/2024 veranschlagte Mittel aus Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen umzuschichten.

4. Der Rat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 946.432,58 € im

Haushaltsjahr 2023 und in Höhe von 1.135.705,55 € im Haushaltsjahr 2024 für die Personalaufwendungen der einzurichtenden 16,39 Stellen im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701, Gesundheitsdienste in Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen.

Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch Wenigeraufwendungen im gleichen Teilergebnisplan in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, ebenfalls in den Haushaltsjahren 2023 und 2024.

5. Das Dezernat V, Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

- 6.1 Weiteres Bevölkerungswachstum in Köln bis zum Jahr 2050
Bevölkerungsprognose für Köln 2022 bis 2050 – mit kleinräumigen Berechnungen bis 2035
3926/2022**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stellt fest, dass es hierzu keine Wortmeldungen gibt.

Zur Kenntnis genommen.

**6.2 Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Köln 2022
4025/2022**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stellt fest, dass es hierzu keine Wortmeldungen gibt.

Zur Kenntnis genommen.

**6.3 Neubau der Feuer- und Rettungswache 1 (Innenstadt)
Hier: Ergebnis des Wettbewerbsverfahrens
4101/2022**

RM Frau Seiger fragt wie die Feuerwehr zum Wettbewerbsergebnis steht.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna sagt, man munkelt, dass es auch eine Diskussion in dieser Stadt über die Ost-West-Achse gebe und will wissen, ob es mitgedacht sei, wenn im Abstand von 100 Metern 2 große Baustellen und deren Logistik gleichzeitig laufen?

Die Fragen sollen schriftlich beantwortet werden.

Zur Kenntnis genommen.

**6.4 Berichte zur Situation Geflüchteter
0060/2023**

Zur Kenntnis genommen.

7 Mündliche Anfragen

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna sagt, es sei der folgende Antrag vom Digitalen Gremienmanagement an ihn herangetragen worden: „Ggfs. sei mit den Gremienmitgliedern zu prüfen, ob ein vollständiger Verzicht auf Tischvorlagen in Betracht kommt.“ Er möchte es nicht abstimmen lassen, sondern zur Diskussion stellen, ob es Menschen gebe, die das auf Papier benötigen würden.

Er stellt abschließend fest, die Mitglieder des Gesundheitsausschusses benötigen zukünftig nur noch die aktuelle Tagesordnung zum Tag der Sitzung des Gesundheitsausschusses sowie die Tischvorlagen in Papierform.

Gez.
Dr. Ralf Unna, Vorsitzender

Gez.
Sabine Niemeyer, Schriftführerin